

## **Vorlage für die Sitzung des Senats am 27.8.2019**

### **„Arzneimittelengpässe in Bremen?“**

#### **A. Problem**

Die Fraktion der FDP hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Inwiefern kam es in den vergangenen Monaten wie im Weser-Report vom 16.06.2019 beschrieben zu Arzneimittelengpässen im Land Bremen?
2. Wie schätzt der Senat die aktuelle Lage hinsichtlich der Lieferung von Arzneimitteln ein?
3. Inwiefern ist die Versorgungssicherheit für die Bremerinnen und Bremer gesichert und inwiefern wird erwogen vorbeugende Schritte zu unternehmen, um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten?

#### **B. Lösung**

Auf die genannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

##### **Zu Frage 1:**

Das Land Bremen ist wie alle übrigen Bundesländer von Lieferengpässen betroffen. Insbesondere in den vergangenen Monaten kam es vermehrt zu Lieferengpässen für Arzneimittel der verschiedensten Anwendungsgebiete.

Bei den meisten dieser Lieferengpässe im Land Bremen handelte es sich jedoch um Arzneimittel, für die Alternativpräparate auf dem deutschen Markt vorhanden waren, so dass hierbei wirkstoff- und dosisgleiche Arzneimittel abgegeben werden konnten.

Im Dezember 2018 wurde für den saisonalen Grippeimpfstoff ein bundesweiter Versorgungsengpass vom Bundesministerium für Gesundheit befristet festgestellt. Auf Grundlage dieses Versorgungsengpasses wurde für das Land Bremen eine Allgemeinverfügung erlassen, welche den Import für diesen Impfstoff zuließ. Der festgestellte Versorgungsmangel konnte mit dieser Steuerungsmaßnahme schnell kompensiert werden.

### **Zu Frage 2:**

Es ist festzustellen, dass in den letzten Jahren Lieferengpässe zwar tendenziell häufiger auftreten, aber nur temporär vorhanden sind. Ein manifester Versorgungsmangel, aus dem eine Patientengefährdung oder Krisensituation abgeleitet werden kann, lag und liegt in Bremen bislang nicht vor.

### **Zu Frage 3:**

Die vorhandenen Kompensationsmöglichkeiten wie zum Beispiel Importgenehmigungen auf Grundlage von Allgemeinverfügungen und Einzelimporte sind bislang im Land Bremen gute Steuerungsinstrumente, um festgestellte Versorgungsengpässe versorgungsrelevanter Arzneimittel auszugleichen.

Im Rahmen von Bund-Ländersitzungen und im sogenannten Pharmadialog zwischen behördlichen Vertretern und Vertretern der Pharmaindustrie wurde in den letzten Jahren darüber hinaus bereits ein Bündel an weiteren Maßnahmen auf den Weg gebracht.

So konnte in Form einer Selbstverpflichtung der Pharmazeutischen Unternehmer ein verbessertes und nunmehr transparentes Meldeverfahren bei Arzneimittellieferengpässen eingerichtet werden.

Es wird zudem von Seiten des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte eine stetig aktualisierte Übersicht von Lieferengpässen versorgungsrelevanter Arzneimittel geführt und öffentlich einsehbar auf dessen Homepage eingestellt.

Längerfristige zusätzliche Maßnahmen werden im Hinblick auf künftige Lieferengpässe auf Bundesebene dennoch weiter eruiert.

Im Hinblick auf die zumeist ins Ausland verlagerte Wirkstoffproduktion sollten nach Auffassung des Senats Maßnahmen auf Bundesebene geprüft werden, die es ermöglichen, die Wirkstoffproduktion z.T. wieder nach Deutschland zu verlagern, da eine direkte Kausalität zwischen Wirkstofflieferengpass und Arzneimittelengpass besteht.

### **C. Alternativen**

keine Alternativen

### **D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Genderspezifische Auswirkungen ergeben sich nicht. Frauen und Männer sind je nach

Bevölkerungsanteil gleichsam betroffen.

#### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Vorlage wurde mit dem Magistrat Bremerhaven abgestimmt.

#### **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

#### **G. Beschluss**

Der Senat beschließt die vorliegende Antwort der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz vom 09.08.2019 auf die Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) der Fraktion der FDP „Arzneimittelengpässe in Bremen?“ vom 22.07.2019.